

Antrag

**der Abgeordneten Richard Seelmaecker, Dennis Gladiator, Sandro Kappe,
André Trepoll, Prof. Dr. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Verbesserung der Ausbildung im Juristischen Vorbereitungsdienst in
Hamburg**

Die unverändert starke Nachfrage nach überdurchschnittlich qualifizierten Absolventinnen und Absolventen und die stetig rückläufige Zahl an Volljuristinnen und Volljuristen auf dem juristischen Arbeitsmarkt machen deutlich, dass auch bei der Durchführung des Referendariats Modernisierungsbedarf besteht.

Nicht selten investieren Referendarinnen und Referendare für kommerzielle Repetitorien zur Vorbereitung auf die Zweite Juristische Prüfung Summen im vierstelligen Bereich. Der sozioökonomische Hintergrund kann daher also entscheidende Weichenstellung für ein erfolgreiches Staatsexamen sein. Dies ist vor dem Hintergrund der Chancengleichheit nicht nur inakzeptabel, sondern auch völlig unverständlich.

Erst durch die Corona-Krise hat die Digitalisierung des Vorbereitungsdienstes einen Schub erlebt. Die Arbeitsgemeinschaften finden zurzeit überwiegend digital statt. Die mit einer Online-Ausbildung verbundenen Vorteile sollen – auch in Zeiten ohne Corona-Beschränkungen – erhalten bleiben. Die Digitalisierung bietet die Möglichkeit, den vor der Corona Pandemie üblichen Präsenzunterricht um neue innovative Formate anzureichern und so das Lernangebot für das Selbststudium der Referendarinnen und Referendare auszubauen. Für eine zeitgemäße Ausbildung der Nachwuchskräfte ist ein besserer Zugang zu digitalen Lernmaterialien und Lernprogrammen erforderlich, der eine bewusste Auswahl von Lehrangeboten nach individueller Präferenz ermöglicht. Eine hybride beziehungsweise wahlweise in Präsenz und digital ermöglichte Teilnahme an Lehrveranstaltungen kann insbesondere für Referendarinnen und Referendare, die weite Fahrtwege in Kauf nehmen müssen oder ihre Station außerhalb Hamburgs absolvieren, wertvolle Arbeitszeit einsparen oder eine Teilnahme überhaupt erst ermöglichen.

Die Erarbeitung eines intensiven Examensvorbereitungsprogramms und die Umstellung auf die hybride Unterrichtsvermittlung sind mit Mehraufwand verbunden. Aus diesem Grund halten wir es für sinnvoll, eine hauptamtliche Lehrstelle einzurichten, die sich vertieft der Vorbereitung der Referendarinnen und Referendare auf das Zweite Staatsexamen widmen kann.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

für den Juristischen Vorbereitungsdienst

1. ein intensives Examensvorbereitungsprogramm – zum Beispiel durch Intensiv-, Wochenend- oder Crashkurse – direkt vor den schriftlichen Klausuren, welches kommerziellen Repetitorien Konkurrenz macht, zu fördern und zu entwickeln;

2. eine Lehrstelle für die inhaltliche Ausfüllung eines Examensvorbereitungsprogramms einzurichten, die zeitlich flexibel nutzbare Lernangebote wie einheitliche Skripte und Videos koordiniert, produziert und auf einer zentralen digitalen Lernplattform zur Verfügung stellt;
3. die Teilnahme an allen Lehrveranstaltungen, bis auf den Einführungsarbeitsgemeinschaften im Straf- und Zivilrecht, hybrid beziehungsweise wahlweise präsent und digital zu ermöglichen;
4. der Bürgerschaft ist bis zum 30. April 2022 zu berichten.